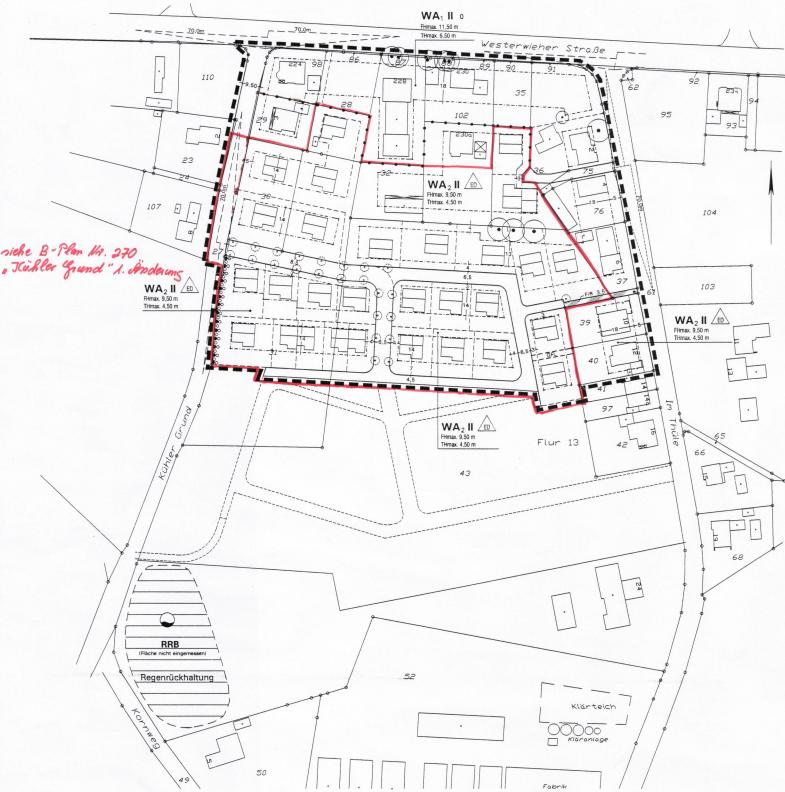
STADT RIETBERG; OT WESTERWIEHE: BEBAUUNGSPLAN NR. 270 "KÜHLER GRUND"



\$ XOVIII 60	49 50			Klärteich OOOO Kläranlage	
Aufstellungsbeschluß gemäß § 2(1) BauGB	Frühzeitige Bürger- und TÖB- Beteiligung gemäß §§ 3(1), 4 BauGB	Öffentliche Auslegung gemäß § 3(2) BauGB	Satzungsbeschluß gemäß § 10(1) BauGB	Bekanntmachung gemäß § 10(3) BauGB	Plangrundlage
Aufstellung des Bebauungses ist gemäß § 2(1) BauGB vom der Stadt Rietberg am 15.00.000 Michossen worden. Dieser Beschlüß m07.07.000 ortsüblich bekanntacht worden.	Nach ortsüblicher öffentlicher Bekannt- machung am 07.07.200. wurde die frühzeitige Information und Beteiligung der Bürger gemäß 5 311. Bauß durchgeführt durch: 07.000.000. Und 17.000.000.000.000.000.000.000.000.000.0	Der Bebauungsplan wurde als Entwurf mit Begründung zur öffentlichen Auslegung bestimmt mit Beschlußfägsung vom der durch der	Der Bebauungsplan wurde vom Rat der Stadt Rietberg gemäß § 10(1) BauGB am ALACAMAN mit seinen planungs- und bauordnungs- rechtlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.	Der Beschluß des Bebauungsplanes als Satzung gemäß § 10(1) BauGB ist am 47, 23, 299.2. Ortsüblich gemäß § 10(3) BauGB mit Hinweis darauf bekanntgemacht worden, daß der Bebauungsplan mit Begründung während der Dienststunden in der Verwaltung zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehatten wird. Mit	Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planz V 90 vom 18.12.1990. Stand der Planunterlage im beplanten Bereich: #.11.39 (bzgl. Bebauung) #.11.30 (bzgl. Flurstücksnachweis) Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist i. V. mit dem digitalen

24.08.2001

gue. Kupur

goz. Loher

ga. Kupur Bürgermeister

gor loher

ietberg, den 30.05.2000

ger. Kuper

Die planes Rat de beschl ist am gemac

gez. Kuper

ger. Loher

Zeichenerklärung und textliche Festsetzungen

A. Rechtsgrundlagen der Planung

Baugesetzbuch (BauGB): Neufassung des BauGB vom 27.08.1997 (BGBI. I S. 2141), ruletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27.07.2001(BGBI. I S. 1950); Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBI. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBI, I S. 466); verordnung (Planz V '90) vom 18.12.1990 (BGBI. I 1991 S. 58); Landesbauordnung (BauO NW): § 9(4) BauGB i.V.m. § 86 der Bauordnung i.d. Fassung der 2. Änderung vom 09.11.1999 (GV.NW S.622, tritt am 01.06.2000 in Kraft); Landeswassergesetz (LWG NW): Neufassung vom 25.06.1995 (GV.NW. S. 926);

indeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der zur Zeit geltenden Fassung.

B. Planzeichen und Festsetzungen gemäß § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB)

1.1 Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO Gemäß § 1(6) Nr. 1 BauNVO sind die Ausnahmen nach § 4(3) Nr. 4 und Nr. 5 BauNVO ausgeschle

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB)

- 2.1 Grundflächenzahl GRZ, Höchstmaß (§ 19 BauNVO), hier 0,4
- GFZ 0,8 2.2 Geschossflächenzahl GFZ, Höchstmaß (§ 20 BauNVO), hier 0,8

WA

ED

F/R

GFL

-Wiedenbrück, den 15. M. 01

Datei) als Bestandteil dieses Bebau

Rietberg, den 15, 03, 2002

ger Kuper

- 2.3 Zahl der Vollgeschosse Z, Höchstmaß (§ 20 BauNVO), hier 2
- 2.4 Höhe baulicher Anlagen in Meter über Bezugshöhe (§ 8 BauNVO): Oberkante Fahrbahnrand/Gehweg der fertigen Erschließungsstraße; Berechnung der Bezugshöhe je Baugrundstück: Mittelwert der 2 Grundstückseckpunkte mit der Straßenbegrenzungslinie (Ok Fahrbahnrand/ Gehweg) der Straße, die zur Erschließung bestimmt ist. Bei Eckgrundstücken gilt jeweils die längere Grundstücksseite, bei Ausrundungen im
- 2.4.1 maximal zulässige Firsthöhe in Meter (= Oberkante First)
- 2.4.2 maximal zulässige Traufhöhe in Meter (= Schnittkante der Außenfläche der Außenwand mit der Oberkante Dachhaut)

2.5 Tabelle der Nutzungsmaße 2.1-2.4 in den Teilbauflächen:

a) Vorgärten sind mit A gärtnerisch zu gesta oder als Arbeitsfläch b) Zufahrten im Vorga	THmax	FHmax	GFZ	GRZ	\Zmax	eilfläche
	6,5 m	11,5 m	0,8	0,4	tt	WA1
	4,5 m	9,5 m	0,8	0,4	II	WA2
b) Zufahrten im Vorga	4,5 m	9,5 m	0,8	0,4	11	WA2

- 3. Bauweise; überbaubare und nicht überbaubare Grundstücks-flächen (§ 9(1) Nr. 2 BauGB)
- 3.1 Bauweise (§ 22 BauNVO):
- 3.1.1 offene Bauweise

3.1.2 offene Bauweise: nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig 3.2 Überbaubare Grundstücksfläche gemäß § 23 BauNVO =

— durch **Baugrenzen** umgrenzter Bereich — nicht überbaubare Grundstücksfläche

3.2.1 Einschränkung nach § 23(5) BauNVO für Garagen und über-5 m zur Begrenzungslinie öffentlicher Verkehrsflächen einhalten. Seitlich ist mindestens 1 m Abstand von diesen zu wahren (auch zu Fuß-/Radwegen), der gemäß § 9(1)25 BauGB mit standortheimischen Gehölz als Hecke oder mit dauerhafter Fassadenbegrünung zu bepflanzen ist

4. Verkehrsflächen (§ 9(1) Nr. 11 BauGB)

- 4.2 Straßenverkehrsfläche (Hinweis: Detailgestaltung im Zuge der
- 4.3 öffentliche Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung:
- 4.3.1 Fuß- und Radweg
- 4.4 Anschluss an Verkehrsflächen: Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt

5. Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für deren Erhaltung (§ 9(1)25 BauGB):

- 5.1 Annflanzung von Bäumen, Sträuchern (§ 9(1)25a BauGB), hier geschlossene Pflanzung und Pflege standortheimischer Gehölze als mind. 2-reihige Hecke, Pflanzabstand in und zwischen den Reihen 1,5 m.
- 5.2 Erhalt von Einzelbäumen gemäß § 9(1)25b BauGB (vgl. DIN-Norm 18920); natürliche Abgänge sind i.V.m. § 9(1)25a entsprechend zu ersetzen; Ersatzpflanzungen: Stammumfang mind. 20cm in 1m Höhe.

6. Sonstige Planzeichen und Festsetzungen

- **6.1 Sichtfelder** sind von Sichtbehinderungen jeder Art in einer Höhe zwischen 0,8 und 2,5 m über Fahrbahnoberkante ständig freizuhalten.
- 6.2 Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Stadt und Versor gungsträger (§ 9(1)21 BauGB)
- 6.3 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9(7) BauGB)
- 6.4 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes

6.5 Maßangaben in Meter

6.6 Festsetzung gemäß § 51a(3) Landeswassergesetz (Änderung des 6.6 restsetzung genals 3 i 143) Landeswassergesetz (Anderung des LWG vom 07.03.1995, GV.NW S. 248): Anfallendes unverschmutz-tes Niederschlagswasser von Dach-, Verkehrs- und Stellplatzflächen wird südlich des Baugebietes in einem Regenrückhaltebecken gefasst.

C. Festsetzungen gemäß § 86 BauO NW in Verbindung mit § 9(4) BauGB - örtliche Bauvorschriften -

1. Gestaltung baulicher Anlagen gemäß § 86(1) Nr. 1 BauO NW

- 1.1 Dachform und Dachneigung der Hauptbaukörper:
- a) Dachformen: Sattel- oder Krüppelwalmdach
- b) Dachneigungen: 35° bis 45°, bei Nebendächern auch höhere Dachneigungen
- c) Abweichungen von a/b, wie z.B. Pultdächer, k\u00f3nnen aus energetisch-konstruktiven Gr\u00fcnden bei \u00f6kologisch orientierten Bauformen und Niedrigenergieh\u00e4usern zuge-lassen werden. Die Dachneigung muss jedoch mindestens 18\u00f3 betragen.

1.2 Dachaufbauten und Dacheinschnitte, Dachgestaltung

- a) Dachaufbauten sind erst ab einer Dachneigung von 35° zulässig. b) Alle über der Traufe angeordneten Bauteile wie Dachgauben, Zwerchgiebel und Dacheinschnitte (Loggien) dürfen in ihrer Gesamtlänge 50% der jeweiigen Traufer-länge nicht überschreiten; Einzelanlagen werden zusammengerechnet. Vom Ortgang ist ein Abstand von mindestens 1,5 m einzuhalten.
- c) Firstoberkante von Nebendächern: mindestens 0,5 m unterhalb Oberkante Hauptfirst
- d) Als Dacheindeckung sind für das Hauptdach Betondachsteine oder Tonziegel in roten bis braunen Farben oder in der Farbskala von anthrazit bis schwarz zulässig.

 Zulässig sind außerdem im Grenzbereich zwischen schwarz/anthrazit und anderen Farbskalen in Anlehnung an das RAL-Farbregister dunkle Farben wie folgt:
- dunkelgrau: soweit vergleichsweise gleich/dunkler als RAL 7015 schiefergrau - dunkelplau: soweit vergleichsweise gleich/dunkler als RAL 6012 schwarzgrün: - dunkelblau: soweit vergleichsweise gleich/dunkler als RAL 5011 stahlblau.
- Extensive Dachbegrünungen und Solaranlagen sind ausdrücklich zulässig. Bei unter-geordneten Bauteilen, Nebenanlagen etc. sind andere Materialien und Farben zulässig.

1.3 Maximal zulässige Sockelhöhe: 0,6 m über Bezugshöhe (= Ok Fertigfußboder Erdgeschoss über der Erschließungsanlage analog Festsetzung B.2.4).

1.4 Gestalterische Einheit von Doppelhäusern: Doppelhäuser sind in den gestalteri schen Grundaussagen Dachform, Dachneigung (± 3° Toleranz), Dachfarbe und Fassadenmaterial (z.B. Putz *oder* Mauerwerk) jeweils gleich auszuführen. Abweichungen können bei einem einheitlichen Architekturkonzept zugelassen werden

2. Gestaltungs- und Bepflanzungsvorschriften gemäß § 86(1) Nr. 4, 5 BauO

- Ausnahme der Zuwegungen, zulässiger Stellplätze, Carports etc. alten und zu unterhalten; sie dürfen nicht als Abstell-, Lagerplatz che hergerichtet oder benutzt werden.
- Zufahrten im Vorgartenbereich dürfen eine Breite von 6 m, bei Eckgrundstücken alternativ 5 m je Straßenseite, nicht überschreiten.
- c) Pkw-Stellplätze, Zufahrten und Garagenzufahrten sind mit kleinteiliger Pflasterung (Kantenlänge max. 15x25 cm) mit hohem Fugenanteil (Fugenbreite z.B. 1-2 cm) oder mit Rasengittersteinen, Schotterrasen, Kies o.ä. wasserdurchlässig zu befestigen. Abweichend können für Zufahrten eng gelegte kleinteilige Materialien wie Poren-Klinker- oder Verbundpflaster zugelassen werden; hierbei ist, soweit möglich, überschüssiges Regenwasser seitlich auf dem Grundstück zu versickern.

ist nach jeweils 2 Stellplätzen ein Baum 2. Ordnung (Stammumfang mind. 14-16 cm) in einem Pflanzbeet von je mindestens 5 m² zu pflanzen und zu unterhalten

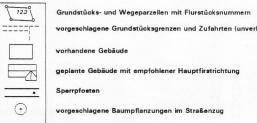
- e) Sammelanlagen ab 5 Stellplätze sind durch eine gemeinsame Zufahrt an die Verkehrsflächen anzubinden, Abweichungen können zugelassen werden. Zwischen Sammelanlagen und allen Verkehrsflächen ist ein Seitenstreifen von 2 Wischen Salminaniagen und mit Laubhecken dauerhaft einzugrünen. Je ange-fangene 3 Stellplätze ist zwischen oder neben diesen mindestens 1 standorthei-mischer Laubbaum (Stammumfang mind. 14-16 cm) in Baumscheiben oder Pflanzstreifen mit jeweils mindestens 5 m² fachgerecht zu pflanzen und zu unterhalten. Geeignete Arten sind z.B. Feldahorn, Hainbuche oder Eberesche
- f) Carport-/Pergolaanlagen etc. sind mit standortgerechten Rank-, Schling- oder Kletterpflanzen zu begrünen.
- 2.2 Standplätze für Abfallbehälter sind mit standortgerechten Laubgehölzen einzugrünen, Kombinationen mit begrünten Holz- oder sonstigen Rankgerüsten sind zulässig.

- a) Einfriedungen sind nur als standortgerechte Laubhecken zulässig; eine Kombination mit Drahtgeflecht oder Holzzaun innerhalb dieser oder rückwärtig zur Gartenseite ist möglich. Vorschläge für Schnitthecken: Hainbuche, Weißdorn, Liguster, Buchsbaum.
- b) In Vorgärten entlang der Straßenverkehrsflächen sind Einfriedungen einschließlich der seitlichen Einfriedung der Vorgärten nur bis zu einer Höhe von maximal 0,8 m über Straßenoberkante bzw. Geländeniveau zulässig. Zulässig sind hier auch Mauern als Sockel bis zu einer Höhe von max. 0,2 m über Verkehrsfläche.

3. Ausdrückliche Hinweise zu den örtlichen Bauvorschriften:

- 3.1 In allen Zweifelsfällen (z.B. hinsichtlich Dachfarbe oder Stellplatzanlagen) wird eine
- frühzeitige Abstimmung mit dem Bauordnungsamt der Stadt Rietberg empfohlen.
 3.2 Abweichungen von örtlichen Bauvorschriften richten sich nach § 73 BauO NW.
- 3.3 Zuwiderhandlungen gegen örtliche Bauvorschriften sind Ordnungswidrigkeiten i.S. der Bußgeldvorschriften des § 84 BauO und können entsprechend geahndet werden.

D. Katasteramtliche und sonstige Darstellungen ohne Festsetzungscharakter



Fläche für die Rückhaltung u. Versickerung von Niederschlagswasser (§ 9(1) Nr. 14 BauGB, hier: Regenrückhaltebecker

Definition Vorgarten: nicht überbaute bzw. nicht überbaubare Grund-stücksfläche zwischen Gebäudeaußenwänden einschließlich angren-ender Streifen/Schmalseiten und Verkehrsflächen = halböffentlicher Übergangsbereich entlang vorderer Baugrenzen mit einem Abstand der Baugrenzen und Gebäude von i.d.R. 3-5 m zu den Planstraßen. hier: Prinzipskizze mit Abgrenzung zum privaten "Wohngarten" WG

E. Sonstige Hinweise

- 1. Grund- und Niederschlagswasser: Als Absicherung gegen hohen Grundwasserstand sind Kellerlichtschächte und -treppenhälse druckwasserdicht auszuführen. Zum Schutz vor extremen Niederschlagsereignissen ist das Baugelände so zu profilieren (z.B. durch leichte Arhöhung der Gebäude), dass Oberflächenabflüsse nicht ungehindert in Erdund Kellergeschosse eindringen können. Eine Sockelhöhe von 0,3-0,5 m wird empfohlen
- 2. Bodendenkmale: Werden kultur- und erdgeschichtliche Bodenfunde entdeckt (Tonscherben, Metallfunde, Bodenverfärbungen, Knochen), ist gemäß Denkmalschutzgesetz die Entdeckung sofort der Stadt oder dem Amt für Bodendenkmalpflege Bielefeld (Tel. 0521/5200250) anzuzeigen und die Entdeckungsstätte 3 Werktage
- 3. Altlasten: Gemäß Altlastenkataster des Kreises Gütersloh sind im Plangebiet keine Altablagerungen bekannt. Treten bei Erdarbeiten Auffälligkeiten auf (z.B. bisher unentdeckte Kontaminationen), ist die untere Abfallwirtschaftsbehörde des Kreises Gütersloh (Tel. 05241 / 85-2740) umgehend zu benachrichtigen.
- 4. Zur Bepflanzung der Grundstücke sollen möglichst standortheimische oder kultur-historisch bedeutsame Gehölze verwandt werden. Empfohlen werden auch Fassaden-begrünungen, z.b. bei Garagen (nachbarliche Abstimmung bei Grenzgaragen!).
- 5. Förderrichtlinie der Stadt Rietberg: auf die Fördermöglichkeiten für die Nutzung

